

Informationsdienst der FDP-Grossratsfraktion vom 21. Mai 2010

INSIDE Sonderausgabe

Freisinnige Gedanken zu Politik, Wirtschaft und Staat an der Zeitwende

*Ansprache von Fraktionspräsident Dr. Daniel Heller, Erlinsbach, anlässlich des
FDP-Fraktionsausfluges 2010 in den Bezirk Baden, 18. Mai 2010*

Kontakt: heller@farner.ch



«Wir schaffen Wissen – heute für morgen» lautet das Motto des PSI. Im PSI forschen, erfinden und testen die Wissenschaftler Dinge, die in Zukunft uns das Leben erleichtern werden. Sie investieren in die Zukunft. Um zukunftsfähig zu bleiben, müssen auch Wirtschaft, Politik und Staat innovativ sein und sich den neuen Bedürfnissen der Bevölkerung anpassen. Nur wer in die Zukunft investiert und innovativ ist, wird im Wettbewerb bestehen können.

Unser Kanton ist innovativ. **Dank einer konsequenten Standort- und Wachstumsstrategie** hat er sich im Standortwettbewerb weit nach vorne gearbeitet. In der diesjährigen Auswertung konnte der Kanton Aargau nach Zug und Zürich **den 3. Platz** besetzen und den langjährigen Spitzenreiter Nidwalden bezwingen.

Bildung, Forschung und Innovation als Standortvorteil

Für unseren Aargau ist es wichtig, dass er seine Attraktivität auch in Zukunft bewahrt. Vergessen wir nicht: das Wachstum in den OECD-Ländern in den 90er-Jahren ist zur Hälfte durch Innovation verursacht. Und die von der CS Economic Research im Auftrag der Staatskanzlei im Januar 2009 durchgeführte Studie zum Potential des Kantons Aargau weist darauf hin, dass unser Kanton mit einem interkantonal leicht überdurchschnittlichen Anteil von 11% innovativen Unternehmen seinen Vorsprung mit aller Kraft ausbauen muss, will er im Standortwettbewerb weiterhin führend mithalten. Wir Politikerinnen und Politiker – in Legislative wie Exekutive - sind gut beraten, eine **Innovationsstrategie** – und zwar optimalerweise unter freisinniger Federführung - ins Auge zu fassen und diese dann auch konsequent umzusetzen. Der Kanton Aargau hat mit seiner geografisch zentralen Lage sehr gute Voraussetzungen, um weiterhin zu **den attraktivsten Standorten** zu gehören. Wir liegen an den

Verkehrsachsen, sind nahe an den Zentren und bei den Universitäten, wir haben einen attraktiven Lebensstandort. **Forschung, Bildung und Innovation gehören entscheidend zu diesen Standortvorteilen.**

Der Aargau braucht einen Innovationspark

Es stünde dem Kanton gut an, im Umfeld seiner Fachhochschulen und des PSI **einen eigentlichen Innovationspark zu errichten.** Eine solche Institution wird den Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern. Ein **Innovationspark** wird weit über die Standortregion hinaus Impulse für die Wirtschaft geben und Nutzen im gesamten **Wirtschaftsraum Nordschweiz** generieren. Er könnte zur Clusterbildung rund um interessante Branchen sowie zur **Niederlassung von neuen Unternehmen beitragen und damit den Werkplatz stärken.** Wir nehmen daher mit Freude zur Kenntnis, dass auch in der Politik des Regierungsrats diese wichtigen freisinnigen Postulate ihren Niederschlag finden. Der Regierungsrat führt in seinem Entwicklungsleitbild und im Aufgaben- und Finanzplan denn auch aus, dass er mit einer **Hightech-Strategie die Standortfaktoren** für die wertschöpfungsintensiven Branchen verbessern will. Dass der Regierungsrat diese Strategie zusammen mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung bündeln will – und nicht alles alleine den staatlichen Stellen überlassen will – zeigt, dass der Regierungsrat zumindest bei der Verfolgung dieser Strategie nicht der Staatsgläubigkeit anheimgefallen ist. Es braucht die Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat, um unseren Kanton als Ganzes weiterzubringen.

Doch nicht nur der Kanton Aargau muss innovativ sein. Auch die **Wirtschaft** in ihrer Gesamtheit muss zukunftsfähig bleiben. Angesichts der Krise, wie wir sie soeben erlebt haben, und mit Blick auf die Schuldenkrise, die noch überhaupt nicht ausgestanden ist, stellt sich für uns Freisinnige einmal mehr die zentrale **Frage nach der Rolle des Staates und der Rolle der Marktwirtschaft.**

Stehen wir an einer Zeitenwende?

Viele von Ihnen werden sich in den letzten Monaten gefragt haben, was die tief greifenden Ereignisse der letzten zwei Jahre bedeuten. Hat die aktuelle Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise das Kaliber einer **Zeitenwende**? Ich sehe drei Fragenkomplexe:

- Ein Fragenkomplex dreht sich um die Frage nach den **Ursachen.** Ist die neue Finanzkrise einfach eine weitere Krise in einer Reihe von Finanzkrisen, wie sie unausweichlich alle paar Jahre kommen? Oder geht sie **tiefer**, hat sie ihre Ursachen in **gesellschaftlich moralischen Kategorien**?
- Eine zweite Frage, die sich angesichts Verschuldungskrise stellt, ist eine weltanschauliche und betrifft diejenige **des Staates im Verhältnis zur Wirtschaft.** Welche Strategie soll die Schweiz als liberaler Staat, sollen wir als Freisinnige politisch in diesem ersten Jahrhundertsturm des 21. Jahrhunderts verfolgen?
- Die dritte Frage, ist diejenige nach der **Wirkung:** Wie geht es nach der Krise weiter? So wie immer – die Wirtschaft erholt sich mehr oder weniger rasch – oder hinterlässt die Krise auch ihre Spuren in der **Weltordnung**? Welche Auswirkungen hat die Krise auf die **globalen Machtverhältnisse**? Und schliesslich: Wie geht der **Freisinn mit all dem um**?

Zur erste Frage: Die erste Finanzkrise geschah zu Beginn des Kapitalismus. 1636 wurde in Holland derart mit Tulpen spekuliert, dass dies in einer ersten Finanz-Krise – der berühmten **Tulpen-Krise** mündete. 150 Jahre später kam es im Zusammenhang mit der Französischen Revolution in ganz Europa zu Finanzkrisen. Am „Schwarzen Freitag“ führte im Jahr 1866 der Ausfall einer wichtigen Bank in London zu einer weiteren Krise. Sie brachte grosse Veränderungen in der Rolle der Zentralbanken. 1929 brach am „**Schwarzen Donnerstag**“ in den USA die Börse dramatisch ein. Dieser Crash brachte die ganze

Weltwirtschaft ins Trudeln; die Krise mündete in der Grossen Depression der 1930er Jahre, ebnete in Deutschland Hitler den Weg und war somit für **den Zweiten Weltkrieg** mitverantwortlich. Es folgten wieder zwei kleinere Crashes: Im Börsencrash von 1987 erlitten die US-Börsen ihren grössten Kurzsturz. Am 19. Oktober 1987 sackte der Dow Jones Index um 22% ab. Ihm folgten die europäischen und japanischen Märkte. Im Jahr 2000 ist die **DotCom-Blase** geplatzt: Die Folge war eine grosse Ernüchterung bei den "Neuen Medien". Und 2007 brach das **SubPrime Geschäft** zusammen. Die jetzige Finanzkrise begann. Sie riss weltweit die Realwirtschaft mit sich. Mittlerweile geraten auch viele der westlichen Industrienationen in ernsthafte Haushaltsprobleme. Einige der historischen Krisen vernichteten somit bloss Werte, bahnten den Weg für neuen Aufschwung, andere hatten **einschneidende weltpolitische Folgen**.

Beobachter weisen darauf hin, dass die aktuelle Wirtschaftskrise nicht einfach eine weitere Blase sei; sie wurzle tiefer. **Ihre Ursache liege in einer geistigen Krise unserer Werte**. Diese Werte-Krise fusse auf einem **kurzfristigen Denken**, auf der ungenügend **klaren Haftung**, auf der **Vernachlässigung des Kundennutzens**. Das bewirkt zunächst **unverantwortliches Handeln von Teilen der Wirtschaftseliten**, was wiederum bewirkt, dass die **politische Akzeptanz** für wirtschaftliches Handeln markant schwindet.

Mangel an langfristigem Denken

Eine Gemeinschaft braucht gemeinsame **Werte**, um funktionieren zu können. Auch die freie Wirtschaft und Gesellschaft beruhen **auf gemeinsamen Werten**. Wirtschaft und Gesellschaft können nur funktionieren, wenn die Menschen zentrale Werte, **gemeinsame moralische Auffassungen** miteinander teilen. **Ethik und Moral** sind für die freie Marktwirtschaft zentrale Werte. Wir stellen fest, dass einige Werte erodiert sind, die **entscheidend** zum Erfolg unseres liberalen Wirtschaftssystems beigetragen haben. Wir beobachten im Geschäftsleben den Verlust an **langfristigem Denken**. Jede Wirtschaftsbeziehung hat zwei Partner: Ein Kunde und eine Firma, ein Aktionär und eine Firma, ein Arbeitnehmer und eine Firma. Die Wirtschafts-Partnerschaften waren früher **langfristig ausgelegt**. Der Kunde, der Investor, der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeber glaubten an **de gemeinsame Zukunft**, darum hielten sie ihren Geschäftspartnern **die Treue**. Heute stellen wir fest:

- Kunden wechseln wegen eines Schnäppchens das Geschäft.
- Investoren ziehen ihr Geld von einem Unternehmen zurück, sie verkaufen die Aktien, wenn ein Quartalsergebnis etwas schlechter ausfällt.
- Angestellte wechseln „ihre Firma“ wegen eines leicht höheren Lohns. Sie vergessen, wie viel «ihre» Firma in sie investiert hat.
- Arbeitgeber entlassen langjährige Mitarbeiter, nur um im Aufschwung wieder neue einzustellen.

Heute herrschen also ein **Mangel an Langfristigkeit** und damit ein Mangel an **Loyalität**. Aus dem Mangel an Loyalität resultiert ein **Mangel an Vertrauen**. Schuld daran ist unter anderem ein **falsches Verständnis von Wettbewerb**. Wettbewerb heisst nicht, dass man immer die momentan günstigste Gelegenheit ergreift; Wettbewerb kann und soll auch den Vergleich verschiedener Angebote in einer **längerfristigen Perspektive** umfassen.

Mangel an Eigenverantwortung

An Bedeutung verloren hat ferner die **Verantwortung**. Wie viele Manager sind heute noch bereit, für Fehlentscheide Verantwortung zu übernehmen? Wie viele Politiker sitzen Fehlentscheide einfach aus? Gäbe es eine Kultur der Verantwortung, müsste es **mehr Rücktritte** geben.

Bei jeder Gelegenheit, wo etwas schief läuft, schreien zudem alle nach dem Staat, nach neuen Gesetzen und Verboten. Kaum jemand appelliert an die **Eigenverantwortung**. Die heutigen Werte fördern die Übernahme von Verantwortung denn auch nicht: Die Verantwortung wird **ans Gesetz delegiert**. Der diesbezügliche Wertewandel betrifft aber nicht nur die Eliten: Auch wer wirtschaftlich benachteiligt ist, sucht heute den Fehler nicht mehr primär bei sich selber, sondern schiebt beispielsweise die Verantwortung für das eigene Schicksal auf die Allgemeinheit, auf den Sozialstaat.

Fehler gehören zu jedem Leben. Entscheide können sich immer im Nachhinein als falsch erweisen. Wenn die Zahl der Fehler zu gross oder ein einzelner Fehlentscheid zu gravierend ist, braucht es aber Konsequenzen. Das bedingt ein **moralisches Prinzip der Verantwortlichkeit**.

Weiter fehlt heute die Orientierung am **Bürger- und Kundennutzen**. Zum einen beobachten wir das beim Staat: Das Verhältnis Bürger Staat beruht bei uns auf einem **partnerschaftlichen Verhältnis**. Anders in vielen anderen Staaten: Der Bürger wird vielerorts nicht als Partner oder gar als Souverän sondern als **Untertan** behandelt. Der Bürger entfremdet sich vom Staat. Der Staat entfremdet sich vom Bürger. Der Staat sieht sich nicht mehr im Dienste seiner Bürger. Er sieht in Bürger nur noch das **Steuersubjekt**; der Staat begegnet dem Untertan mit Misstrauen und droht mit Strafverfolgung, sobald eine Unkorrektheit vermutet wird.

Zum ändern sehen wir das in der Welt der Grossbanken. Dort vernachlässigten Einige vor lauter Kasino-Mentalität im Investment Banking die dienende Funktion der Banken. **Banken dienen der Realwirtschaft**. Sie ermöglichen die Transaktion von Gütern, Dienstleistungen und sie ermöglichen die Finanzierung von wertschöpfenden Investitionen. Diese Abkehr von der dienenden Funktion kommt in den **abgehobenen Gewinn- und Entlohnungspraktiken** zum Ausdruck. Es gibt kein **einziges volkswirtschaftliches Argument**, wieso Gewinne und Löhne bei einigen Investmentbanken um Potenzen höher sein sollten als in der übrigen Volkswirtschaft.

Marktwirtschaft ohne Ethik führt zu Akzeptanzverlust

Zu all diesem Vergessen und Missachten von Werten vergassen einige Manager, dass ihr Handeln auch in der freien Marktwirtschaft **politisch akzeptiert werden muss**. Es wird für eine grosse Mehrheit der Bevölkerung wohl schlicht nie nachvollziehbar sein, wieso in gewissen Sektoren der Finanzwirtschaft so viel höhere Gewinne und Löhne anfallen sollen als in der «normalen» **Wirtschaft**. Und das einige **Boni** selbst dann noch beziehen, wenn das Institut **rote Zahlen** schreibt. Fehlende Werte können Gesetze weder vorschreiben, noch können Gesetze sie ersetzen. Darum zielt der Ruf nach mehr Gesetzen am **Kern des Problems** vorbei. **Anstand kann man nicht mit Vorschriften erzwingen**.

Wollen wir also die Krise überwinden, braucht es nicht primär mehr Regeln und strengere Gesetze. Es braucht zu aller erst **ein Umdenken**, einen **Wertewandel in den Köpfen**. Erst dann braucht es Regeln, welche die Werte, mit denen wir Erfolg hatten, stützen. **Gefördert werden muss das langfristige Denken, gestärkt werden muss das Prinzip der Haftung und der Verantwortlichkeit; gefördert werden muss die Orientierung am Kundennutzen. Sodann brauchen wir Politiker und Manager, welche der gesellschaftlichen Akzeptanz Sorge tragen.**

Anspruchsmentalität verdrängt den Leistungswillen

Die Schweiz hat trotz allen Marasmus die Krise bisher recht gut bestanden. Europa ist hingegen mit der Griechenlandkrise an einem **schicksalhaften Scheideweg** angelangt. An dieser Weggabelung stehen auch wir – ob wir wollen, oder nicht. Einerseits, weil wir trotz relativer EU-Distanz auch als Nichtmitglied untrennbar mit **dem Schicksal Europas verbunden** sind. Zum andern, weil auch wir auf dem Weg des Wohlfahrts- und Interventionsstaates, der nun in Europa am kollabieren ist, seit längerem **mitmarschieren**.

Von der Wiege bis zur Bahre ist man ein in den meisten Staaten Europas **ein Anspruchsberechtigter**. Wenn die Eltern ihre Kinder nicht aufziehen können oder wollen, hat man Anspruch auf einen Platz in der staatlich bereitgestellten möglichst kostenlosen Kinderkrippe. Als jugendlicher Arbeitsloser erhält man mehr Entschädigung, als wenn man - vielleicht nicht ganz im erlernten Beruf - arbeiten würde. Wenn man glücklicherweise eine Arbeitsstelle hat, dann allerdings mit Anspruch auf fünf und mehr Wochen Ferien, auf Mindestlohn, auf beschränkte Wochenarbeitszeit. Auch der expandierende Konsumentenschutz hat sehr viel mit Anspruchsdenken zu tun: Mehr und mehr wird die Gewährleistung für einwandfreie Dienstleistungen und Produkte nicht mehr als Angelegenheit zwischen Vertragspartnern gesehen, sondern als **öffentliche Aufgabe**.

In Griechenland gibt es gemäss „New York Times“ mehr als 580 vom Gesetzgeber definierte „gefährliche Berufe“, bei welchen man sich als Frau im Alter von 50, als Mann mit 55 Jahren pensionieren lassen kann. Zu den „gefährlichen Berufen“ gehören unter anderem die Damencoiffeuse, weil sie mit Chemikalien zu tun hat. Staatschefs, die mit den Gewerkschaften über ein Anheben des Pensionsalters 60 sprechen, oder die 35-Stundenwoche aufheben wollen, droht die Abwahl. Der Anspruch gegenüber dem Kollektiv ist zur **europäischen Ersatzreligion** geworden. Dass dieses Kollektiv nicht leistungsfähiger sein kann als die Summe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Anspruchsnahmer, daran dachten bis vor kurzem offenbar nur wenige. Der europäische Zeitgeist will den Schicksalsschlag, das Pech, aber auch den Erfolg und das Glück nicht anerkennen. Dem Leistungswilligen und Leistungsfähigen wird **primär mit Neid** begegnet.

Aber auch unseren Leuten geht es nicht viel anders: Als in Ägypten eine schweizerische Reisegruppe wegen isländischer Vulkanasche strandete, verlangte sie lautstark nach Schadensvergütung durch den Staat. Die wegen der demographischen Transition notwendig gewordene Anpassung des Umwandlungssatzes wurde vom Schweizer wider besseren Wissens trotzig abgeschmettert. Auch bei uns: **Die Anspruchsmentalität beginnt den Leistungswillen und die Leistungsbereitschaft zu übertrumpfen**.

Europa und der Westen stehen am Scheideweg

Europa – und wir mit Europa – stehen vor der Wahl: Sind wir bereit, den Fluch der Garantie, den Fluch des wohl erworbenen Anspruchs abzulegen oder sind wir es nicht? **Durch das aberwitzig hohe neue Milliarden-Rettungspaket verpassen die Staaten Europas möglicherweise eine einzigartige Möglichkeit zur Bereinigung. Jede spätere Bereinigung, die bestimmt kommt, kommt mit Sicherheit teurer zu stehen. Und bald könnte sich die Frage stellen, wer denn nun die Retter rettet.**

Und hier kommen wir zur dritten Frage: Wird die **Welt nach der Krise** gleich sein wie die **Welt vor der Krise**? Kommt der Westen – ich meine die USA und Europa – bezogen auf die bisher unbestrittene führende Stellung in der Welt und den Wohlstand unbeschadet aus dieser Wirtschaftskrise wieder heraus?

Wir beobachten folgendes: Eine markante **Verlagerung des zweiten Sektors** in den asiatischen Raum, exorbitante Auslandsschulden, sicherheitspolitisch bedenkliche Machtspiele um Einfluss und um Rohstoffe, und: Primär die führenden westlichen Industrienationen verlieren markant an Handlungsfähigkeit durch ihre **riesige Staatsverschuldung**.

Der Wirtschaftsmacht USA hat man in den letzten Dekaden oft den Untergang prophezeit. Die USA zeigte jedoch stets ein hohes Mass an Kraft zur Selbstregenerierung und erfand sich immer wieder neu. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist aber auch die Verschuldung der USA von etwas über 30% der Wirtschaftsleistung auf Rekord hohe 70% angeschnellt. Wer trägt **diese Schuld dereinst wieder ab**?

All das lässt erahnen, dass es möglicherweise gewichtige **geopolitische Verlagerungen** geben wird. Die aktuelle Wirtschaftskrise könnte sehr wohl den fortschreitenden Prozess der Verlagerung der globalen Machtzentren in **neue Weltregionen** markant beschleunigen.

Der Westen – Amerika und Europa – befinden sich in einem **relativen Abstieg**, während die Mächte Asiens und Lateinamerikas aufsteigen. Sie gehören zu den Gewinnern der aktuellen Verwerfungen. Die pazifischen Mächte - China, Japan und Südkorea – sind bereits heute die mit weitem Abstand grössten Gläubiger der USA und ihre Bedeutung wird durch die Folgen der Finanzkrise noch weiter wachsen.

Vom ersten Rang auf den vierten Platz

Bis in 40 Jahren wird China das BIP auf 44,5 Billionen Dollar erhöhen und zur erstrangigen Wirtschaftsmacht der Welt werden. Auch Indien ist auf dem Weg nach ganz oben: Gemäss Hochrechnungen werden die Inder Europa demnächst bezogen auf die volkswirtschaftliche Leistung überholen und hinter China und den USA zu den **drei grössten Mächten** der Welt gehören. Europa rutscht ab auf Platz vier.

Global findet damit eine **Verlagerung** von Macht und Wohlstand vom Westen zum **Fernen Osten** statt. In diesem Raum liegen auf absehbare Zeit die grössten Wachstumschancen der Weltwirtschaft; schon nur deshalb wird sich auch **Amerika** aus wirtschaftlichen wie machtpolitischen Gründen verstärkt dem pazifischen Raum zuwenden. Das bedeutet gleichzeitig, dass die USA ihre atlantische – sprich auf Europa gerichtete - Orientierung herabstufen.

Wir sehen - vieles spricht dafür: Wenn die aktuelle globale Krise zu Ende sein wird, dann wird nicht mehr alles so sein, wie es dereinst war.

Ob die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise damit das **Kaliber einer Zeitwende** hat, ob wir im Westen zu den **alten Erfolgswerten** zurückfinden und ob in diesen Jahren das Zeitalter der westlich-amerikanischen Prädominanz zu Ende geht, wissen **wir heute noch nicht**.

Wie sich die Welt und die Wirtschaftslage in Zukunft verändern wird, können wir nicht vorhersehen. Was wir aber können, ist unsere eigene Position und **Rolle als Freisinnige** zu überdenken. Der Freisinn hat in den letzten Jahren ungebremsst an Einfluss und Wähler **verloren**. Die momentan schwierigen politischen Fragen zur Bewältigung der Folgen der **Wirtschaftskrise** und auch das **Auftreten einiger unserer Exponenten** sprechen nicht gerade für eine positive Kehrtwende.

Der Freisinn muss das liberale Kerngeschäft betreiben

Die FDP muss sich wieder zusammenraufen. Gerade die aktuellen Fragen lassen sich, wie ich gezeigt habe, mit **unseren liberalen Werten** am besten meistern. Nur wenn wir uns als eine **radikale, liberale Partei** profilieren, die sich primär über ihre **Kernthemen** positioniert, können wir einen Beitrag **zur Überwindung der mentalen und moralischen Krise** leisten. Nur so wird die FDP auch wieder das Vertrauen der Wähler gewinnen und weiter sinkende Wähleranteile vermeiden können. Ich formuliere einige Thesen für das Erreichen der Ziele:

1. **Der „Freisinn“** als Geisteshaltung ist und bleibt unsere „Dachmarke“. Wir müssen aufhören, andere Parteien mit Themen wie Sozialausbau, Europaaffinität und neue Regulierungen zu konkurrenzieren. Es sind diese Rezepte, welche den allgemeinen Niedergang letztlich herbeiführen. Nur die **Bewirtschaftung unserer Kernthemen** wie Selbstverantwortung, freiheitliche Ordnung, Bürgernutzen, moderate Steuern und liberale Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik garantiert uns eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte. Glauben wir nicht mehr an diese Werte und Positionen, dann verdienen wir auch kein politisches Überleben.
2. Echter Liberalismus ist ein Stück weit radikal. Der **radikale Liberalismus** muss auch **konsequent** angewendet werden, da er attraktiv ist: Die freie Schulwahl, die freie Wahl der Pensionskasse, die freie Wahl der Krankenkassen, von Ärzten oder Spitälern, des Verkehrsmittels gehören zu den Kernbeständen des liberalen Gedankengutes. Aber verteidigen müssen wir es!
3. Dann braucht es auch einige **taktische Prinzipien**, um an der Urne oder bei den Wählerinnen und Wählern zu Punkten:
 - **Wir können Grünliberale nicht mit grün und links überholen**, da diese eher die SP kannelisieren. Und die SVP können und sollten wir **nicht rechts** überholen, weil dort nur noch die Wand steht. Um Ziele in der Konkordanz zu erreichen, müssen aber Mehrheiten gebildet werden. Dabei muss die FDP **in der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien Leader werden**.
 - Wir sind nicht mehr die staatstragende Partei, die zu allen Problemen umfassende und bis ins letzte austarierte Lösungen präsentieren muss. Klotzen statt Kleckern: Wichtig sind **wenige, aber klare Positionen**.
 - Es gilt in der medialen Gesellschaft die **Medien konsequent** zu nutzen! Aber **für und nicht gegen die eigene Partei**. Es muss uns gelingen, bei der medialen Vermittlung der Politik besser zu werden. Auf Provokationen und Vorstößen anderer Parteien muss die FDP **rasch reagieren**. Gegenüber den vermeintlich sozialen Politikern und Verbänden müssen auch wir viel plakativer argumentieren. Wir sind nicht die „Totengräber der AHV“ und unsere Wege führen nicht „nach Griechenland“.
 - **Die richtigen Köpfe zur richtigen Zeit!** Ich plädiere für eine massiv verbesserte Personalpolitik. Wir brauchen die gezielte Förderung und Rekrutierung von Nachwuchskräften. **Junge Liberale in die Front!** Zugleich müssen wir besorgt sein, dass auch liberales Gedankengut in der Verwaltung seinen Niederschlag findet; pflegen wir also regelmässig unsere Kontakte zu den liberalen Verwaltungskadern, sie bereiten wesentliche Geschäfte für den Regierungsrat vor.

- Wir müssen die gegenwärtige Krise ausnützen. Der Freisinn war einst eher eine Bewegung denn eine Partei. Also: Hinaus auf die **Strassen, in die Quartiere**. Dies stärkt nach aussen wie innen und macht die Partei wieder zur Bewegung. Eine aktive Bürgerbewegung gibt der FDP den Anstrich von Rebellion, anstatt von Honoratiorenpartei.

„Wer die Freiheit der Sicherheit opfert, verliert am Ende beides.“

Entscheidend aber das geistige Fundament: Wenn eine Partei dem Wähler nicht immer neue Sicherheiten anbieten sollte, die neue Regulierungen, Abgaben und Kontrollen bringen, dann der Freisinn! **„Wer die Freiheit der Sicherheit opfert, verliert am Ende beides.“ (Benjamin Franklin).** Wir möchten weder unsere Freiheit, noch die Sicherheit verlieren. Mit einer radikal liberalen Politik werden wir am **Erfolgsmodell der Schweiz** weiterbauen und am Erfolg und Wohlstand unseres Landes einen grossen Beitrag leisten.

Dank

*Der FDP des Bezirks Baden und ihrem OK unter kundiger Führung von Parteipräsident **René Mäder** gebührt grosser Dank für die reibungslose Organisation und das interessante Programm am diesjährigen Fraktionsausflug rund ums PSI und Würenlingen.*

*Ein besonders grosser Dank geht an **Edith Haller**, unsere langjährige Fraktionssekretärin. Sie hat die Fraktion jahrelang unterstützt und einen grossen Beitrag zum Erfolg unserer Arbeit geleistet. Wir wünschen Dir Edith, eine schöne und erholsame Zeit im dritten Lebensabschnitt.*

Daniel Heller

Redaktion:
Andrea Moll-Reutercrona
andrea.moll@bluewin.ch

Versand:
Stefan Huwyler, FDP-Geschäftsstelle
info@fdp-ag.ch